

Pressemitteilung vom 29. Februar 2016

„Auch wir sind besorgte Bürger.“

Neue Deutsche entwickeln Ideen für das Deutschland im 21. Jahrhundert

„Deutschland, wir müssen reden!“: Unter diesem Motto trafen sich am 26. und 27. Februar über 100 Organisationen aus ganz Deutschland, die von Menschen aus Einwandererfamilien gegründet wurden. Die Konferenz war stark geprägt von den aktuellen Debatten: „Auch wir sind das Volk, auch wir sind besorgte Bürger – allerdings anders, als die Pegida-Anhänger“, erklärt etwa **Sheila Mysorekar** vom Verein *Neue deutsche Medienmacher*. Und sie ergänzt: „Unsere Ängste sind nicht diffus, sie beruhen auf konkreten Entwicklungen.“ So habe beispielsweise die „Chronik flüchtlingsfeindlicher Übergriffe“ seit Anfang 2015 mehr als zehn Brandanschläge pro Monat auf Unterkünfte gezählt.

Mit Blick auf die Asyldebatte sei den Teilnehmenden wichtig: „Wir sind keine Migranten, wir sind Teil der Aufnahmegesellschaft.“ In deutschen Großstädten stammen bereits heute über 50 Prozent der Schulkinder aus Einwandererfamilien. „Eine Integrationspolitik *für Migranten* ist von gestern“, erklärt **Breschkai Ferhad**, Koordinatorin der „Neuen Deutschen Organisationen“ (NDO). „Wir brauchen eine Gesellschaftspolitik, die alle in den Blick nimmt.“

Die Neuen Deutschen Organisationen haben **konkrete Forderungen** erarbeitet, an deren inhaltlicher Umsetzung sie weiterarbeiten wollen. Diese sind unter anderem:

- **Gesellschaftliche Vielfalt muss in der Berufsausbildung und Schulbildung konsequenter Bestandteil werden.** Wir brauchen dafür neue Standards, Diversity-Education muss z. B. ein Pflichtfach in der Ausbildung für Lehrkräfte werden.
- **Wir brauchen Daten, die sichtbar machen, wann und wie oft Benachteiligungen und Chancenungleichheiten stattfinden.** Denn der Schutz vor Rassismus ist ein Menschenrecht. Dennoch wissen wir kaum etwas darüber, wie viele Menschen Diskriminierung erleben.
- Wir müssen darüber nachdenken, **das Grundgesetz zu ändern und um ein neues Staatsziel zu ergänzen**, das z. B. so lauten könnte: "Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Es fördert die gleichberechtigte Teilhabe und Integration." Bislang fehlt ein solches Bekenntnis in der Verfassung.
- Wir brauchen ein **Ministerium für Gesellschaftspolitik**, das alle Maßnahmen bündelt: die für Chancengleichheit und gegen Rassismus ebenso wie Integrationsprogramme für Neuzuwanderer und die deutsche Asylpolitik.

STATEMENTS der Teilnehmenden:

Kwesi Aikins von der „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“ erklärt: „Vieles in den letzten Wochen und Monate erinnert uns an die Situation in den 90er Jahren. Wir erleben aber auch die Erfolge Schwarzer und antirassistischer Arbeit: Es gibt immer mehr Klagen von Menschen, die von rassistischen Kontrollen betroffen sind und sich dagegen wehren.“

Kübra Gümüşay, Netz-Aktivistin und Initiatorin der Kampagne #schauhin, erklärt: „Die derzeitigen Debatten bereiten uns große Sorgen: Bei Köln war Schockstarre, es schienen die schlimmsten Bilder und Stereotype über Flüchtlinge und Muslime bewiesen zu sein. Wir haben aber ein Recht darauf, dass diese Themen ruhig und besonnen diskutiert werden und der Ton

nicht von rechts diktiert wird. Es ist Zeit, dass wir, die wir für die deutsche Gesellschaft im 21. Jahrhundert stehen, bei diesen Debatten stärker mitreden.“

Nari Reinke vom Verein Deutscher Soldat und Tochter marokkanischer Einwanderer weist auf den Umgang der Bundeswehr mit Vielfalt hin: Dass muslimische Seelsorger erst ab 4.000 muslimischen Soldaten vorgesehen sind, erscheint ihr nicht zeitgemäß. „Die Neuen Deutschen sind auf dem Vormarsch, um mal militärisch zu sprechen“.

Pressekontakt:

Breschkai Ferhad (0173 3958388, info@neue-deutsche-organisation.de)

Zu den „Neuen Deutschen Organisationen“: Deutschlandweit haben sich in den vergangenen Jahren Initiativen von Menschen gegründet, die sich nicht mehr als *Migranten*- und Ausländervereine bezeichnen. Stattdessen heißen sie „Buntesrepublik“, „Schülerpaten“, „Deutschplus“ usw. Ihre Botschaft: Deutschsein ist heute mehr, als deutsche Vorfahren zu besitzen. Seit 2015 treffen sie sich bundesweit unter dem Dach der „Neuen Deutschen Organisationen“.

Amtgericht Berlin-Charlottenburg VR 28575
Finanzamt für Körperschaften I
Steuernummer 27/673/53682

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE37370205000001301400
SWIFT/BIC BFSWDE33XXX

Neue deutsche Medienmacher e.V.
gemeinnütziger Verein
Geschäftsstelle:
Goltzstraße 39 - D 10781 Berlin
T +49-30-219 17 421
M info@neuemedienmacher.de
W www.neuemedienmacher.de